



## Hungerblockade

Die saudische Kriegsallianz riegelt Jemen ab. Der US-geführte Westen liefert dafür die Waffen und schickt Drohnen. Millionen Menschen droht im Süden der Arabischen Halbinsel der Tod. In Genf tagt eine »Geberkonferenz«. Von Gerd Schumann

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 25. APRIL 2017 · NR. 96 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Strategisch terrorisieren

Die Hintergründe der Gewaltwelle in Venezuela interessieren internationale Medien wenig

3

### Gnadenlos abschieben

Bundesregierung lässt erneut 50 Menschen nach Kabul ausfliegen. Hilfsorganisationen protestieren

4

### Latent bekriegen

Waffenstillstand im Donbass wird weiterhin nicht eingehalten. Rechte Gewalt in der Ukraine

6

### Attentate einstellen

Auftakt zur Aufgabe: Vor 25 Jahren veröffentlichte die RAF ihre »Deeskalationserklärung«

11

# Grande Dépression

Faschistin und Wirtschaftsliberaler gewinnen Wahl in Frankreich: Macron und Le Pen in der zweiten Runde.

Von Hansgeorg Hermann, Paris

Kein Wunder, kein Paukenschlag, dafür breite Enttäuschung und Ernüchterung: Frankreichs politische Linke hat den ersten Durchgang zur Präsidentschaftswahl am Sonntag verloren, keiner ihrer Kandidaten wird bei der Stichwahl am 7. Mai dabei sein. Gewonnen haben Emmanuel Macron und seine wirtschaftsliberale Bewegung »En Marche!« mit 23,86 Prozent der gültigen Stimmen sowie die Führerin des faschistischen Front National (FN), Marine Le Pen, mit 21,43 Prozent. Das entspricht im Kern dem, was die Demoskopen seit Wochen vorausgesagt hatten. Geirrt hatten sich die Umfrageinstitute lediglich bezüglich der Wahlbeteiligung. Sie lag mit 76,21 Prozent relativ hoch – die Meinungsforscher hatten eine Enthaltung von bis zu 40 Prozent befürchtet.

Le Pen und Macron werden sich in zwei Wochen den rund 44 Millionen wahlberechtigten Franzosen zur zweiten Runde stellen. Verlierer sind – neben der Linken – auch die Rechtskonservativen des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Dessen früherer Ministerpräsident François Fillon, Kandidat der »Les Républicains«, schied mit 19,94 Prozentpunkten aus. Die bürgerliche Rechte nimmt somit zum ersten Mal seit Bestehen der Fünften Republik nicht an



Enttäuscht: Anhänger von Jean-Luc Mélenchon am Wahlabend

der Stichwahl teil. Fillon, der im Dezember und Januar mit Umfragewerten von mehr als 35 Prozent und als haushoher Favorit ins Rennen um die Präsidentschaft gegangen war, verlor die Wahl letztlich im sogenannten moralischen Bereich: Er hatte seine Familie mit Scheinbeschäftigungen im Parlament und Gehältern aus der Staatskasse in Höhe von mehr als 800.000 Euro versorgt. Seine politische Karriere gilt seit Sonntag als beendet.

Der Parti Socialiste (PS), der mit François Hollande seit 2012 den Staatsschef stellte, landete mit seinem Kandidaten Benoît Hamon weit abgeschlagen auf dem fünften Platz. Nahezu die gesamte Parteirechte, an erster Stelle Hollande und sein früherer Premierminister Manuel Valls, hatte nicht etwa ihren

Kandidaten Hamon unterstützt, sondern war direkt zu Macron abgewandert oder hatte zumindest zu dessen Wahl geraten. Hamon, der den linken Flügel des PS anführt, stand am Ende alleine da. Die sechs Prozent der Stimmen, die ihm noch blieben, hätte der einzige »echte« linke Kandidat, Jean-Luc Mélenchon, gut gebrauchen können.

Mélenchon, hinter dem sich auch die französischen Kommunisten versammelt hatten, blieb mit 19,62 Prozentpunkten nur der vierte Platz. Das ist trotzdem ein beachtlicher Erfolg, auch wenn es zur Stichwahl nicht reichte. Der im Stil eines Volkstribuns auftretende Europaabgeordnete hatte von allen Kandidaten den besten und facettenreichsten Wahlkampf geboten. In Marseille, Lyon und in der Hauptstadt hatte er bei seinen Veranstaltungen zum Teil

mehr als 100.000 Menschen auf die Straßen gebracht. In den vergangenen beiden Wochen war die Zustimmung für ihn um mehr als acht Prozentpunkte gestiegen. Tausende seiner Anhänger hatten, ebenso wie Stammwähler des Parti Socialiste, eine Allianz von Mélenchon und Hamon gefordert, ohne erhört zu werden. Damit bleiben beim zweiten Wahldurchgang auch der sozialdemokratischen Linken zum ersten Mal nur die Zuschauerplätze.

Alle Kolumnisten und Analysten der französischen Medien sehen, ebenso wie die Demoskopen, den Wirtschaftsliberalen Macron als Sieger des zweiten Durchgangs. Geschätzt werden seine Chancen auf rund 60 Prozent gegen 40 Prozent für Le Pen.

■ Siehe Seiten 7 und 8

## Mehr Gewalt, weniger Diebstahl

Polizeiliche Kriminalstatistik: Hemmschwelle sinkt gegenüber Menschen, aber nicht beim Eigentum

Mehr Mord und Totschlag, mehr Körperverletzungen, mehr sexualisierte Gewalt – nur bei den Eigentumsdelikten hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Montag gute Nachrichten, als er die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte.

Im Vergleich zum Vorjahr sank demnach die Zahl der Diebstähle um 4,4 Prozent auf 2,37 Millionen Fälle. 151.265mal brachen die Täter in Wohnungen ein – hier fiel der Rückgang mit 9,5 Prozent noch deutlicher aus.

Die registrierten Gewaltverbre-

chen sind dagegen im Vergleich um 6,7 Prozent auf insgesamt 193.542 Fälle gestiegen. Bei mehr als 140.000 dieser Taten handelte es sich um gefährliche oder schwere Körperverletzung – ein Zuwachs von 9,9 Prozent. Vergewaltigung und sexuelle Nötigung wurden in 7.919 Fällen registriert – 12,8 Prozent mehr als im Jahr 2016. Mord und Totschlag legten um 14,3 Prozent auf 2.418 Fälle zu, wobei der Anteil der Versuche mit fast 73 Prozent überwiegt.

Bei all dem gab es bedeutend mehr männliche als weibliche Tatverdächti-

ge. In den Agenturmeldungen wurde jedoch die Herkunft in den Vordergrund gestellt. Die Zahl tatverdächtiger »Zuwanderer« stieg demnach insgesamt um 52,7 Prozent auf 174.438. Dazu zählen Asylbewerber, Menschen mit Duldung, Kontingent- und Bürgerkriegsflüchtlinge oder Personen ohne Aufenthaltsrecht, nicht aber anerkannte Flüchtlinge. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, wies zudem darauf hin, »dass Flüchtlinge überdurchschnittlich oft junge Männer sind und diese im Gesamtdurch-

schnitt häufiger polizeilich auffallen«.

Straftaten, die das Bundeskriminalamt einer politischen Richtung zuordnen konnte, erreichten mit mehr als 41.500 einen Höchststand – allerdings durch die rechts motivierten Delikte, deren Zahl um 2,6 Prozent auf 23.555 anstieg. Linksmotivierte Straftaten gingen laut Statistik um 2,2 Prozent auf 9.389 Fälle zurück. In der Kategorie »politisch motivierte Ausländerkriminalität« wurden aber links- und rechtsmotivierte Taten zusammenge- worfen: Sie nahm um 66,5 Prozent auf 3.372 Fälle zu. (Reuters/JW)

### Mindestens 15 Flüchtlinge sterben in Ägäis

Athen. Mindestens 15 Bootsflüchtlinge sind vor der griechischen Insel Lesbos ums Leben gekommen. Es handele sich um zwei Kinder, vier Frauen und neun Männer, erfuhr die Nachrichtenagentur dpa aus Kreisen der griechischen Küstenwache. An der Bergung der Leichen waren am Montag griechische und türkische Rettungsmannschaften beteiligt. Zwei Frauen überlebten das Unglück. Die Suchaktion dauerte am Nachmittag noch an. Im Boot sollen bis zu 25 Menschen gewesen sein, die Zahl der Opfer könnte demnach weiter steigen. Die Leichen seien wenige Seemeilen vor dem kleinen Hafen von Molyvos im Norden der Insel Lesbos entdeckt worden. Das Flüchtlingsboot, das aus der Türkei gekommen war, kenterte offenbar. (dpa/JW)

### Strafprozess wegen Loveparade-Unglück

Düsseldorf. Die Loveparade-Katastrophe in Duisburg, bei der 21 Menschen starben, wird nun doch in einem Strafprozess aufgearbeitet. Dies hat das Oberlandesgericht Düsseldorf in einem am Montag veröffentlichten Beschluss entschieden. Die Anklage gegen sechs Mitarbeiter der Stadt Duisburg und vier Beschäftigte des Veranstalters wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung wurde zugelassen.



Vor gut einem Jahr hatte die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Duisburg die Eröffnung eines Strafprozesses noch abgelehnt. Die Richter hatten moniert, das zentrale Beweismittel der Anklage, ein Gutachten eines Sachverständigen, weise »gravierende inhaltliche und methodische Mängel« auf. Unter anderem die Staatsanwaltschaft Duisburg legte gegen die Entscheidung Beschwerde ein. Dieser gab das OLG nun statt. Die Verhandlung wurde an das Landgericht Duisburg zurückverwiesen. Bei dem Technofestival am 24. Juli 2010 war es an einer Engstelle zu einem tödlichen Gedränge gekommen. (dpa/JW)

**jW** wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)  
www.jungewelt.de/lpg

